

INHALT

- | | |
|---|---|
| 28. Information über die Anmeldung von Bedarfszuweisungswünschen | 31. Finanzdaten der Gemeinden Tirols, Entwicklung 2013 bis 2015 |
| 29. Bundesförderung Siedlungswasserwirtschaft: verpflichtende Kosten- und Leistungsrechnung für Gemeinden | 32. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Juli 2016 |
| 30. Finanzdaten der Gemeinden Tirols 2015 | 33. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Juli 2016
Verbraucherpreisindex für Mai 2016 (vorläufiges Ergebnis) |

28.

Information über die Anmeldung von Bedarfszuweisungswünschen

Anträge auf Gewährung von Bedarfszuweisungen aus dem Gemeindeausgleichsfonds können nur Gemeinden und Gemeindeverbände stellen.

Die Bedarfszuweisungen sind im Portal Tirol in der Gemeindeanwendung zu beantragen.

Als Grundlage eines Bedarfszuweisungsantrages hat die Gemeinde ein Vorhaben anzulegen.

Als Nachfolger zu einem Vorhaben wird ein Bedarfszuweisungsantrag (BDZW Antrag, BDZW Antrag-V, Feuerwehr BDZW Antrag) angelegt. Dabei werden die im Vorhaben bereits erfassten Daten des Allgemeinen Teils und des Haushaltsteils automatisch übernommen.

Im Bedarfszuweisungsantrag ist im Bereich Zuschüsse der von der Gemeinde beantragte Bedarfszuweisungsbeitrag anzugeben. Bei Vorhaben deren Ausführung sich über mehrere Jahre erstreckt, sind die Zuschüsse für den gesamten Zeitraum (alle Jahre) zu erfassen. Bei mehrjährigen Zusagen ist eine jährliche Antragstellung nicht notwendig.

Bedarfszuweisungsanträge sollen nur für jene Vorhaben

gestellt werden, deren Umsetzung auch tatsächlich im nächsten Jahr realistisch erscheint.

Beim **Vorhaben/Antrag** ist im Feld „**Beschreibung**“ Folgendes anzugeben:

- **konkrete Beschreibung** des Vorhabens,
- **Darlegung (Begründung) der Notwendigkeit** der Umsetzung des Vorhabens unter Berücksichtigung der Dringlichkeit und allfälliger Schwerpunktsetzungen der Gemeinde und
- **gegebenenfalls gemeindeübergreifende oder regionale Auswirkungen** des Vorhabens.

Nähere Erläuterungen, wie Kostenvoranschläge, Berechnungen über Folgekosten, Raum- und Funktionsprogramme, die auch eine sinnvolle Mehrfachnutzung erkennen lassen, sollen unter Mitteilungen angeschlossen werden.

Die Bedarfszuweisungsanträge sind, wie im Arbeitsablauf vorgesehen, über die/den BürgermeisterIn an die zuständige Bezirkshauptmannschaft weiterzuleiten.

Antragsfristen

Anträge für das folgende Haushaltsjahr und spätere Haushaltsjahre sind längstens bis **Mittwoch, den 21. September 2016**, einzubringen. Die Anträge in der Gemeindeanwendung sind grundsätzlich vor Beginn der Ausführung des Vorhabens einzubringen.

Prüfung der Anträge

Die Prüfung der Anträge obliegt der Bezirkshauptmannschaft im Einvernehmen mit der Abteilung Gemeinden und dem Büro des Gemeindereferenten der Tiroler Landesregierung.

Primär ist zu prüfen, ob und inwieweit für die Finanzierung des Vorhabens eine Bedeckung aus dem ordentlichen Haushalt, eine Entnahme von Rücklagen, eine Fremdfinanzierung, ein verlorener Zuschuss von dritter Seite oder dergleichen in Frage kommt. Bei der Prüfung der Dringlichkeit ist erforderlichenfalls eine Reihung vergleichbarer Vorhaben im Bezirk vorzunehmen. Dabei ist nach objektiven und nachvollziehbaren Maßstäben vorzugehen. Bei der Prüfung der Bedürftigkeit ist in erster Linie von der möglichen Finanzausstattung bei Ausschöpfung aller zumutbaren Einnahmequellen auszugehen.

Die Gemeinden/Gemeindeverbände sind verpflichtet, einschlägige Fragen der Bezirkshauptmannschaft bzw. der Abteilung Gemeinden unverzüglich zu beantworten.

Das Ergebnis der Prüfung wird den BürgermeisterInnen - wie im Vorjahr mit der Möglichkeit eines persönlichen Gesprächstermins mit Herrn Landesrat - schriftlich mitgeteilt.

Entscheidung und Zusicherung

Der Gemeindereferent sichert anschließend der Gemeinde/dem Gemeindeverband die Bedarfszuweisungen schriftlich zu. In der Zusicherung werden die Gemeinde/der Gemeindeverband, das Haushaltsjahr, der Zweck und die Höhe der Bedarfszuweisung bestimmt.

In der Zusicherung werden allenfalls erforderliche Bedingungen aufgenommen. Die Zusicherung kann aus wichtigen Gründen widerrufen werden.

Die Zusicherung stellt in ihrer rechtlichen Qualität eine Verwendungszusage dar, die die Gemeinde/den Gemeindeverband in die Lage versetzen soll, mit der weiteren Planung des Vorhabens fortzufahren bzw. mit der Ausführung des Vorhabens zu beginnen. **Für die Finanzplanung des Gemeindeausgleichsfonds ist es erforderlich, dass schriftliche Zusagen unverzüglich in der Gemeindeanwendung erfasst werden.**

Zeitverzögerungen bei der Abwicklung von Vorhaben, welche die Auszahlung einer zugesagten Bedarfszuweisung um ein bzw. mehrere Jahre verschieben, müssen der Bezirkshauptmannschaft umgehend bekannt gegeben werden. Eine „automatische“ Übertragung der zugesagten Förderung erfolgt nicht.

Bei Fragen zur Handhabung der Portalanwendung stehen die MitarbeiterInnen der Gemeindereferate der Bezirkshauptmannschaften oder der Abteilung Gemeinden beim Amt der Tiroler Landesregierung zur Verfügung. Nähere Erläuterungen zur Handhabung der Portalanwendung finden sich in der Anwendung und als Download in der Wissensdatenbank (WIKI) unter „Gemeindeanwendung Land Tirol“.

29.

Bundesförderung Siedlungswasserwirtschaft: verpflichtende Kosten- und Leistungsrechnung für Gemeinden

Die „Förderungsrichtlinien für die kommunale Siedlungswasserwirtschaft 2016“ sind seit 1.1.2016 als aktuelle Basis der Bundesförderung Siedlungswasserwirtschaft auf Grundlage des Umweltförderungsgesetzes in Kraft. Dazu fand am 24.11.2015 in Innsbruck eine Informationsveranstaltung, gestaltet von VertreterInnen des Bundes sowie der Bundesländer Tirol und Vorarlberg, statt. Hier wurden die wesentlichen Änderungen u.a. für die Förderungswerber dargestellt.

Unterlagen zu dieser Informationsveranstaltung einschließlich weiterführender Links sind nach wie vor zugänglich unter www.tirol.gv.at/wasserinfo.

Zu den zentralen Änderungen zählt eine grundlegend neue Art der Ermittlung der gemeindespezifischen Fördersätze. Für die Tiroler Gemeinden ergibt diese Umstellung in der Regel tendenziell eher Vorteile. Grundsätzlich schon seit mehreren Jahren besteht für Förderungswerber die Verpflichtung, eine Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) zu führen. Konkret setzen die neuen Richtlinien in § 7 Abs.1 Z. 11 voraus, dass *„der Förderungswerber spätestens zum Zeitpunkt der Gewährung der Förderung eine Kosten- und Leistungsrechnung gemäß den Vorgaben des ÖWAV oder der ÖVGW einschließlich einer kurzfristigen Erfolgsrechnung führt“*. Diese Voraussetzung gilt mit nur wenigen Ausnahmen (z.B. Förderung für das Erstellen eines digitalen Leitungsinformationssystems) für alle Gemeinden.

Zum Unterschied vom Vollzug vor dem 1.1.2016 wird diese an sich schon länger gültige Forderung seit 1.1.2016 rigoros kontrolliert. Solange vom Förderungswerber die erforderlichen Nachweise über die Führung der KLR in obigem Sinn nicht vorgelegt werden, ist eine Zusicherung von Bundesmitteln ausgeschlossen.

Entsprechende Anlassfälle treten seit 1.1.2016 auch in Tirol auf, weshalb im Einvernehmen mit der Abteilung Gemeinden nachdrücklich auf diese Förderungsvoraussetzung hinzuweisen ist.

Der in der Richtlinie angesprochene ÖWAV-Arbeitsbehelf 41 „Grundlagen und Aufbau der Kosten- und Leistungsrechnung in der Abwasserentsorgung“ (2013) kann beim Österreichischen Wasser- und Abfallwirtschaftsverband (ÖWAV) bzw. bei Austrian Standards plus Publishing, 1020 Wien, Heinestraße 38, bezogen werden, die ÖVGW-Richtlinie W 61 „Grundsätze der Kostenrechnung in Wasserversorgungsunternehmen“ (2013) bei der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW).

Der ÖWAV bietet seit einiger Zeit zusätzlich Schulungsveranstaltungen an (in Innsbruck zuletzt am 24.5.2016), außerdem auch Unterstützung beim Aufbau einer KLR inkl. der Nutzung eines professionellen Software-Tools für die Führung der KLR.

MitarbeiterInnen der Siedlungswasserwirtschaft im Amt der Tiroler Landesregierung sind ebenso wie MitarbeiterInnen der Abteilung Gemeinden und der Bezirkshauptmannschaften (Gemeindeaufsicht) über Hintergründe und Zusammenhänge informiert und können grundsätzliche Auskünfte erteilen. Unabhängig davon bleibt das Führen der Kosten- und Leistungsrechnung Pflicht der Förderungswerber, wenn sie in den Genuss der Bundesförderung Siedlungswasserwirtschaft kommen wollen.

Dr. Stefan Wildt
Abt. Wasserwirtschaft

31. Finanzdaten der Gemeinden Tirols - Entwicklung 2013 bis 2015

Bezirk-Anzahl der Gemeinden	BEZIRKE						INNSBRUCK-STADT						SUMME TIROL						
	2013 (278 Gem.)		2014 (278 Gem.)		2015 (278 Gem.)		2013 (278 Gem.)		2014 (278 Gem.)		2015 (278 Gem.)		2013 (278 Gem.)		2014 (278 Gem.)		2015 (278 Gem.)		
	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	
Einwohnerzahl lt. Registerz 2011/12/13	589.702		592.000		596.050		592.000		122.510		124.386		705.319		715.112		720.436		
Abgestufter Bevölkerungsschlüssel	965.357		960.070		965.152		960.070		290.234		290.234		1.234.463		1.245.927		1.256.386		
Finanzkraft I	98.913,062		102.834,015		106.626,690		102.834,015		27.212,279		28.112,828		125.442,791		130.046,284		134.739,518		
1 Ordentliche Einnahmen 1)	1.477.368.264	2.505	1.536.654.605	2.593	1.582.474.232	2.655	323.196.481	2.702	347.574.773	2.837	343.207.323	2.759	1.800.564.745	2.538	1.884.229.378	2.635	1.925.681.555	2.673	
2 Außerordentliche Einnahmen 1)	195.952.178	332	302.669.238	344	224.189.371	376	43.995.332	368	71.302.035	582	78.244.650	629	239.947.510	338	274.971.273	385	302.434.021	420	
3 Gesamteinnahmen	1.673.320.442	2.838	1.740.323.842	2.937	1.806.663.604	3.031	367.191.813	3.070	418.876.808	3.419	421.451.973	3.388	2.040.512.255	2.877	2.159.200.651	3.019	2.228.115.576	3.093	
4 Personalaufwand 2)	297.768.975	505	308.565.710	521	322.537.750	541	68.508.855	573	69.969.260	571	72.138.772	580	366.277.830	516	378.534.970	529	394.676.522	548	
5 Sachaufwand	1.173.965.491	1.991	1.215.044.431	2.050	1.258.098.999	2.111	254.948.372	2.131	277.721.815	2.267	271.135.374	2.180	1.428.913.863	2.014	1.492.766.245	2.087	1.529.234.373	2.123	
6 Ordentliche Ausgaben 1)	1.471.734.466	2.496	1.523.610.140	2.571	1.580.636.749	2.652	323.457.228	2.704	347.691.075	2.838	343.274.146	2.760	1.795.191.694	2.531	1.871.301.215	2.617	1.923.910.895	2.670	
7 Außerordentliche Ausgaben 1)	203.995.859	346	212.271.342	358	210.908.293	354	43.995.332	368	71.302.035	582	78.244.650	629	247.991.190	350	283.573.377	397	289.152.943	401	
8 Gesamtausgaben	1.675.730.324	2.842	1.735.881.482	2.929	1.791.545.042	3.006	367.452.559	3.072	418.993.110	3.420	421.518.796	3.389	2.043.182.884	2.880	2.154.874.692	3.013	2.213.063.838	3.072	
Eigene Steuern:																			
9 Grundsteuer A	977.047	2	975.319	2	987.167	2	11.863	0	12.075	0	11.673	0	988.911	1	987.394	1	988.840	1	
10 Grundsteuer B	51.888.831	88	52.966.743	89	54.311.658	91	10.987.642	92	11.073.590	90	11.391.595	92	62.876.473	89	64.040.333	90	65.703.253	91	
11 Kommunalsteuer	174.009.959	295	180.799.387	305	189.032.335	317	51.633.708	432	53.558.166	437	55.259.848	444	225.643.667	318	234.357.553	328	244.292.183	339	
12 Vergütungssteuer	1.141.275	2	1.144.275	2	1.144.275	2	1.144.275	2	1.144.275	2	1.144.275	2	1.144.275	2	1.144.275	2	1.144.275	2	
13 Hundsteuer	1.368.387	2	1.422.514	2	1.510.122	3	343.995	3	384.096	3	384.096	3	1.712.381	3	1.789.764	3	1.894.219	3	
14 Gebrauchsabgabe	6.657.431	11	6.897.562	12	6.360.512	11	10.500.197	88	7.775.302	63	7.308.932	59	17.157.628	24	14.672.864	21	13.669.444	19	
15 Verwaltungsabgabe	3.281.321	6	3.342.712	6	3.560.952	6	6.019.559	50	6.420.475	52	8.121.069	65	9.210.638	13	9.854.896	14	11.665.094	16	
16 Sonstige Gemeindeabgaben 3)	3.191.079	5	3.434.421	6	3.544.025	6	6.019.559	50	6.420.475	52	8.121.069	65	9.210.638	13	9.854.896	14	11.665.094	16	
17 Sonstige alte Gemeindeabgaben 4)	-308.014	-1	-439.123	-1	-12.798	0	-88.085	-1	-11.982	0	-125.667	-1	-396.060	-1	-451.106	-1	-138.465	0	
18 Interessentenbeiträge n. VerkAutsch/AbgG	267.869	39	24.252.194	41	27.933.784	41	27.933.784	41	3.789.693	31	3.790.528	30	28.203.548	40	28.041.887	39	31.723.812	44	
19 Summe Eigene Steuern	265.495.184	450	274.796.004	464	288.505.804	484	87.099.301	728	85.768.536	700	88.758.536	714	352.594.485	497	360.565.756	504	377.268.340	524	
20 Abgabentragsanteile 5)	463.099.220	785	476.559.144	804	500.869.424	840	148.101.936	1.238	153.761.501	1.255	163.866.551	1.317	611.201.156	862	630.320.646	881	664.735.975	923	
21 Spielbankabgabe 6)	1.053.699	2	1.251.788	2	1.176.603	2	934.522	8	1.028.931	8	1.028.931	8	1.987.951	3	2.280.719	3	2.226.784	3	
22 Getränkeausgleich	53.940.350	91	54.703.186	92	56.269.671	94	9.430.108	79	9.603.091	78	9.923.003	80	63.370.458	89	64.306.277	90	66.192.674	92	
23 Summe Abgabentragsanteile	518.093.269	879	532.514.118	899	558.315.697	937	158.465.296	1.325	164.393.523	1.342	174.839.735	1.406	676.559.565	964	696.907.641	975	733.155.432	1.018	
24 Weitere Einnahmen:																			
25 Benutzungsgebühren nach dem FAG 7)	155.730.962	264	161.887.483	273	163.800.500	274	18.362.764	154	19.215.626	157	20.073.745	161	174.093.766	245	181.103.109	253	183.674.245	255	
26 Bedarfswahlungen 8)	76.660.887	130	88.383.193	149	88.634.982	149	9.000.000	75	9.000.000	73	9.000.000	72	85.660.887	121	97.383.193	136	97.634.982	136	
27 Summe Zinsen 19, 23 und 25 bis 26	1.015.980.322	1.723	1.057.580.798	1.785	1.099.060.983	1.844	272.928.381	2.282	278.376.902	2.272	292.672.016	2.353	1.286.906.703	1.817	1.335.969.700	1.868	1.391.732.999	1.932	
Verpflichtungen zum 31.12.:																			
28 Darlehensaufnahmen	92.044.782	156	91.153.672	154	103.764.546	174	0	0	0	0	0	20.000.000	161	92.044.782	130	91.153.672	127	123.764.546	172
29 Schulzinsen	9.651.548	17	10.268.566	17	9.146.730	15	210.977	15	210.977	2	416.140	3	10.062.524	14	10.484.756	15	9.562.870	13	
30 laufende Schuldentilgung	66.110.410	112	66.295.894	112	69.596.338	117	220.888	2	240.340	2	1.291.087	10	66.331.298	94	66.536.033	93	70.857.425	98	
31 Schuldenstand zum 31.12.	766.198.519	1.299	777.444.295	1.312	792.861.086	1.313	13.284.043	111	13.043.703	106	31.752.615	255	778.462.562	1.099	790.467.998	1.105	814.613.702	1.131	
32 Stand an Haftungen zum 31.12.	582.614.513	988	546.603.015	922	478.747.680	803	161.975.663	1.354	134.223.369	1.096	131.514.733	1.057	744.590.176	1.050	680.826.384	952	610.262.413	847	
33 Stand an Leasingverpflichtungen 31.12.	83.876.050	142	72.664.324	123	64.947.684	109	0	0	0	0	0	0	83.876.050	118	72.664.324	102	64.947.684	90	
Vermögen zum 31.12.:																			
34 Zuführungen an Rücklagen	45.036.329	76	36.226.351	61	40.839.005	69	4.627.774	39	9.504.785	78	561.755	5	49.664.103	70	45.731.116	64	41.400.760	57	
35 Stand an Rücklagen	120.368.048	204	121.637.633	205	133.557.889	224	24.456.685	204	33.510.450	274	15.940.620	128	144.823.733	204	155.148.083	217	149.498.508	208	
36 Stand an Darlehensforderungen	11.028.582	19	15.316.631	26	15.951.928	27	9.497.800	79	11.777.060	96	9.081.064	73	20.526.382	29	27.063.692	38	26.032.992	35	
37 Stand an Beteiligungen	163.054.250	310	200.915.523	339	208.392.284	350	24.787.409	207	26.257.528	214	26.257.528	211	207.841.659	293	227.173.052	318	234.649.813	326	
38 Stand an Wertpapieren	8.835.866	15	8.852.210	15	7.668.527	13	32.988.697	276	70.433.780	575	32.683.866	263	41.824.563	59	79.285.970	111	40.352.412	56	
39 Zuführung an a.o. Haushalt	36.887.898	63	39.995.166	67	46.097.945	77	12.880.277	108	17.328.578	141	19.400.000	156	49.778.175	70	57.323.743	80	65.497.945	91	
40 Zahl der Beamten 9)	263		252		252		192	178	178	155	155	455	407	430	407	407	407		
41 Zahl der sonstigen ständig Bediensteten	6.398		6.621		6.639		1.431	1.431	1.431	1.431	1.431	1.431	1.431	1.431	1.431	1.431	1.431		
42 Summe ständig Bedienstete (VBÄ) 10)	6.661		6.873		7.091		1.505	1.609	1.609	1.609	1.609	1.609	1.609	1.609	1.609	1.609	1.609		

Anmerkung 1) Um Abschlussbuchungen (Posten 98*) bereinigte Werte; 2) Ohne Pensionen und sonstige Ruhebezüge; 3) Sonstige Gemeindeabgaben; Sonstige Abgaben aufgrund des Steuerfindungsrechtes der Länder; Parkabgaben, Kommissionsgebühren, Nebenansprüche etc.; 4) Sonstige alte Gemeindeabg., Gewerbesteuer, Getränkesteuer, Anknüpfungsabgabe - Minusbeträge resultieren aus Rückerstattungen (i.w. Getränkesteuer); 5) inkl. Bedarfsausgleich, Werbeabgabe und Ausgleichsbeitrag ohne Getränkeausgleich und Spielbankabgabe 6) Spielbankabgabe beir. Casinos Innsbruck, Seefeld und Kitzbühel; 7) Benutzungsgebühren nach § 15 Abs. 3 Z. 4 FAG (Kanai, Wasser etc.); 8) BDZw an Gemeinden und Gemeindeverbände ohne Schul- und Kindergartenbauförderung - II. Aufzeichnung der Abt. Gemeinden; 9) inkl. beamtete Sprengelärzte; 10) Vollbeschäftigungsäquivalente; ohne Saisonbeschäftigte

32.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Juli 2016

Ertragsanteile an	Juli		Änderung	
	2015	2016	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	8.576.214	8.619.144	42.930	0,50
Lohnsteuer	20.185.989	18.621.571	-1.564.418	-7,75
Kapitalertragsteuer	1.620.372	1.318.377	-301.994	-18,64
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	824.913	603.137	-221.776	-26,88
Körperschaftsteuer	12.046.579	13.193.875	1.147.296	9,52
Abgeltungssteuern Schweiz	33.151	0	-33.151	-100,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	-198	-458	-260	-130,95
Erbschafts- und Schenkungssteuer	66.843	5.209	-61.634	-92,21
Stiftungseingangssteuer	28.640	44.615	15.975	55,78
Bodenwertabgabe	181.121	177.320	-3.802	-2,10
Stabilitätsabgabe	884.426	469.446	-414.979	-46,92
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	44.448.049	43.052.235	-1.395.814	-3,14
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	20.583.580	23.216.965	2.633.385	12,79
Abgabe von alkoholischen Getränken	90	9	-81	-89,76
Tabaksteuer	1.335.625	1.397.387	61.762	4,62
Biersteuer	157.001	56.771	-100.230	-63,84
Mineralölsteuer	3.371.829	2.183.004	-1.188.825	-35,26
Alkoholsteuer	83.353	100.496	17.143	20,57
Schaumweinsteuer	7.313	12.590	5.278	72,17
Kapitalverkehrssteuern	21.032	2.371	-18.660	-88,72
Werbeabgabe	341.434	353.702	12.268	3,59
Energieabgabe	392.120	838.931	446.811	113,95
Normverbrauchsabgabe	401.996	422.018	20.022	4,98
Flugabgabe	80.051	87.969	7.917	9,89
Grunderwerbsteuer (Auft. n. einheitl. Schlüssel)	0	24.162	24.162	100,00
Grunderwerbsteuer	9.248.690	7.608.802	-1.639.887	-17,73
Versicherungssteuer	785.522	792.665	7.144	0,91
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.551.009	1.579.619	28.610	1,84
KFZ-Steuer	78.288	81.784	3.496	4,47
Konzessionsabgabe	154.650	181.843	27.194	17,58
rechnungsmäßig Ertragsanteile	38.593.581	38.941.088	347.507	0,90
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	879.083	879.083	0	0,00
Summe sonstige Steuern	37.714.498	38.062.005	347.507	0,92
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Summe Ertragsanteile der Gemeinden *)	81.927.938	80.876.626	-1.051.312	-1,28
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	5.474.115	6.178.229	704.114	12,86
Werbesteuerenausgleich	54.659	56.575	1.916	3,51
Werbeabgabe nach der Volkszahl	286.775	297.127	10.352	3,61
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	250.835	250.835	0	0,00
*) Überweisungsbetrag = Summe EA abzüglich Finanzierungsanteil für Finanzkraftstärkung (§ 11 Abs. 1 FAG)	233.777	237.614	3.837	1,64

33.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Juli 2016

Ertragsanteile an	Jänner - Juli		Änderung	
	2015	2016	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	20.906.975	21.204.276	297.300	1,42
Lohnsteuer	146.127.865	142.700.620	-3.427.245	-2,35
Kapitalertragsteuer	10.615.468	7.854.188	-2.761.280	-26,01
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	4.872.600	4.521.591	-351.009	-7,20
Körperschaftsteuer	38.855.880	39.348.898	493.018	1,27
Abgeltungssteuern Schweiz	33.786	14.990	-18.796	-55,63
Abgeltungssteuern Liechtenstein	77.727	369	-77.358	-99,52
Erbschafts- und Schenkungssteuer	89.284	23.448	-65.836	-73,74
Stiftungseingangssteuer	614.489	182.419	-432.070	-70,31
Bodenwertabgabe	456.807	459.245	2.438	0,53
Stabilitätsabgabe	2.308.747	2.064.669	-244.078	-10,57
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	224.959.628	218.374.712	-6.584.917	-2,93
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	142.330.242	147.550.432	5.220.189	3,67
Abgabe von alkoholischen Getränken	286	128	-158	-55,35
Tabaksteuer	9.518.333	9.981.862	463.529	4,87
Biersteuer	921.656	1.015.196	93.540	10,15
Mineralölsteuer	21.411.036	23.395.023	1.983.987	9,27
Alkoholsteuer	583.636	842.004	258.368	44,27
Schaumweinsteuer	99.452	144.911	45.459	45,71
Kapitalverkehrssteuern	314.026	578.688	264.662	84,28
Werbeabgabe	2.306.792	2.311.211	4.420	0,19
Energieabgabe	4.909.790	5.906.930	997.140	20,31
Normverbrauchsabgabe	2.112.011	2.089.257	-22.754	-1,08
Flugabgabe	546.760	571.952	25.192	4,61
Grunderwerbsteuer (Auftr. n. einheitl. Schlüssel)	0	169.134	169.134	100,00
Grunderwerbsteuer	57.625.750	73.564.104	15.938.354	27,66
Versicherungssteuer	6.553.758	6.543.727	-10.031	-0,15
Motorbezogene Versicherungssteuer	10.555.433	11.069.325	513.892	4,87
KFZ-Steuer	247.465	253.115	5.650	2,28
Konzessionsabgabe	1.415.137	1.444.264	29.127	2,06
rechnungsmäßig Ertragsanteile	261.451.562	287.431.262	25.979.700	9,94
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	6.153.583	6.153.583	0	0,00
Summe sonstige Steuern	255.297.978	281.277.678	25.979.700	10,18
Kunstförderungsbeitrag	85.382	85.865	483	0,57
Ertragsanteile der Gemeinden ohne Zwischenabrechnung	480.108.380	499.500.641	19.392.261	4,04
Zwischenabrechnung	-1.970.055	9.580.729	11.550.784	586,32
Ertragsanteile gesamt	478.138.325	509.081.370	30.943.045	6,47
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	38.364.924	39.807.022	1.442.098	3,76
Getränkesteuerausgleich ZWA	546.530	-39.917	-586.447	-107,30
Summe Getränksteuerausgleich	38.911.454	39.767.105	855.652	2,20
Werbesteuerausgleich	369.285	369.680	395	0,11
Werbeabgabe nach der Volkszahl	1.937.507	1.941.532	4.025	0,21
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	1.755.845	1.755.845	0	0,00

**VERBRAUCHERPREISINDEX
FÜR MAI 2016**

(vorläufiges Ergebnis)

	April 2016 (endgültig)	Mai 2016 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2015		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	100,7	101,0
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	111,5	111,8
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	122,0	122,4
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	134,9	135,3
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	142,0	142,4
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	185,7	186,2
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	288,6	289,5
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	506,5	508,0
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	645,4	647,3
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	647,5	649,4

Der Index der Verbraucherpreise 2015 (Basis: Jahresdurchschnitt 2015 = 100) für den Kalendermonat Mai 2016 beträgt 101,0 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für April 2016 um 0,3 % gestiegen (April 2016 gegenüber März 2016 blieb unverändert). Gegenüber Mai 2015 ergibt sich eine Steigerung um 0,6 % (April 2016/2015 + 0,5 %).

MEDIENINHABER (VERLEGER):

Amt der Tiroler Landesregierung,

Abteilung Gemeinden,

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck